

INI04

Antrag

Initiator*innen: SPD-Stadtverband Leipzig

Titel: Für eine nachhaltige Reform des

Verfassungsschutzes und für alternative Wege der Stärkung der Demokratie und Bekämpfung

von Akteuren und Einstellungen

gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Votum der Antragskommission

Block Inneres - Kommunales - Recht, nach INI03 vor K01

Antragstext

- Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:
- Die SPD setzt sich auf der Ebene des Freistaates und im Bund für die verstärkte
- parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes (VS) ein. Zudem wird auf der
- 4 Ebene des Freistaates und des Bundes gefordert, dass der Verfassungsschutz sich
- nicht als aktive Partnerin im Bereich der politischen Bildung engagiert.
- 6 Auch wenn die Abschaffung des Verfassungsschutzes auf Bundesebene sowie in den
- Zundern eigentlich konsequent wäre, wollen wir mit dem Kompromiss einer besseren
- 8 Kontrolle, dem Verbot von politischer Bildungsarbeit seitens des Landesamtes für
- 9 Verfassungsschutz (LfV) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sowie
- der Förderung von besseren Wissenschafts- und Beratungsstrukturen, die das
- Agieren des VS in diesen Feldern quasi überflüssig machen.
- Wir stellen fest und fordern die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auf:

1. Nachhaltige Verbesserung der Kontrolle des LfV

- 14 Die Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz durch die Parlamentarische
- 15 Kontrollkommission (PKK) und andere Strukturen sind weiter auszubauen und zu
- verbessern. Dafür fordern wir u.a. die Einrichtung einer unabhängigen
- Ombudsstelle, wo Beschwerden und andere Anliegen zum Themenkomplex
- 18 Verfassungsschutz im Freistaat vorgebracht und bearbeitet werden.
- Diese Stelle darf nicht beim LfV angesiedelt sein, sie soll mindestens bei der
- Staatskanzlei angesiedelt werden und mit umfassenden Kompetenzen zur Aufklärung
- im engen Zusammenwirken mit der PKK ausgestattet sein.

2. Transparenz beim Datenskandal

- 23 Wir brauchen vollständige Transparenz und Aufklärung durch das Sächsische
- Staatsministerium des Innern über Art, Umfang und Zahl der Betroffenen es darf
- kein Verstecken hinter fadenscheinigen Geheimhaltungsargumenten geben, was diese
- umfassende Aufklärung betrifft.
- Es muss eine aktive Benachrichtigung aller Betroffenen durch einen unabhängigen
- vertrauensvollen Beauftragten geben. Und nicht erst nach Einreichen eines
- 29 Auskunftsersuchens bei der Behörde.

3. Ausschluss aus Runden Tischen und Sicherheitsnetzwerken

- Die Zivilgesellschaft hat seit über 20 Jahren mit dem Agieren des LfV zu tun.
- Deren Fazit ist mehr als ernüchternd. Denn Mitglieder des Netzwerks Tolerantes
- 33 Sachsen sitzen in verschiedenen Gremien u.a. mit Mitarbeiter innen des
- Landesamtes für Verfassungsschutz zusammen. Robert Kusche (RAA Sachsen e.V.),
- Sprecher des Netzwerks Tolerantes Sachsen: "Dabei fällt regelmäßig auf, dass die
- Analysen der ortskundigen Initiativen aufschlussreicher sind als die des
- Verfassungsschutzes." Vor diesem Hintergrund übernehmen wir hier die Forderung
- des Netzwerk Tolerantes Sachsen: Aufgrund des immensen Vertrauensverlusts in den
- Verfassungsschutz sollen die Mitarbeiter_innen des Landesamtes nicht länger an
- 40 Gremiensitzungen zwischen Verwaltung, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft
- 41 teilnehmen.

13

22

30

42

4. Politische Bildung

- 43 Dem Verfassungsschutz wird untersagt, im Bereich der politischen Bildung aktiv
- tätig zu werden. Für demokratische Bildungsarbeit und politischer Bildung nach

- 45 dem Beutelsbacher Konsens sowie anderer Standards der politischen Bildungsarbeit
- sind ausreichend Träger und Netzwerke im Freistaat und darüber hinaus vorhanden
- 47 und aktiv (u.a. das NDC). Hier fordern wir, diese Strukturen mit einem
- 48 "Institutionellen Bildungsfonds" zu unterstützen, in dem Projekte über einen
- Zeitraum von mindestens 5 Jahren gefördert werden können. Der Fonds soll
- mindestens 600.000 Euro an finanziellen Mitteln umfassen.

5. Wissenschaft und Beratung

51

- Zudem wird sich durch die SPD Sachsens, sowie des Bundes nachhaltig dafür
- eingesetzt, dass wir eine noch umfassendere Demokratie-Forschungslandschaft
- schaffen und regionale Einstellungsstudien zu Demokratie und gruppenbezogener
- Menschenfeindlichkeit erhoben werden.
- Aus unserer eigenen Erfahrung wissen die lokalen oder regionalen Beratungsteams
- der mobilen Beratungsarbeit (z.B. in Sachsen die Mobilen Beratungsteams (MBT)
- der Kulturbüros Sachsen) sowie die Opferberatungsstrukturen mehr über
- neonazistische, antidemokratische Akteure und Einstellungen sowie die Gefahr
- gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sachsen.
- Es gibt also Alternativen zum dürftigen Wissensbestand des Verfassungsschutzes.
- Dieses liegt in der Zivilgesellschaft und den Netzwerkstrukturen wie dem
- Netzwerk Tolerantes Sachsen, dass es auch schon seit über 20 Jahren gibt.
- 64 Gleichzeitig gibt es an den Hochschulstandorten Leipzig, Dresden sowie Chemnitz
- vorhandene Forschungscluster, die zu Demokratie und politischer Devianz
- 66 exzellent Forschen und publizieren und ihre Er. Gerade das neue Else-Frenkel-
- 67 Brunswik-Institut (EFBI) treibt bundesweite Rechtsextremismus- und
- Demokratieforschung voran. Das Institut setzt sich insbesondere für den
- 69 Erkenntnistransfer innerhalb der Forschung sowie zwischen Wissenschaft und
- Zivilgesellschaft, Fachpraxis, Politik, Medien sowie der Öffentlichkeit ein.
- Solche Forschungsinstitute sind auch in Chemnitz und Dresden weiterzuentwickeln
- und auf sächsischer Ebene so zu vernetzen, so dass eine umfassende Forschung und
- Analyse zu den Problemlagen politischer Devianz und den Herausforderungen der
- 74 Demokratie entsteht.
- Dieses Demokratie-Forschungscluster muss sich dann mit der Zivilgesellschaft und
- 76 ihren Netzwerken sowie der zuständigen Polizei im Bereich Staatsschutz vernetzen
- und austauschen. Hier ist ein mehrmals im Jahr stattfindender Austausch zu
- 78 institutionalisieren.
- Zudem fordern wir die jährliche Erhebung und Umsetzung des Sachsen-Monitors, der

- in seinen bisherigen Auflagen sehr wichtige Ergebnisse zu der politischen
- Einstellung von sächsischen Bürger*innen im Bereich Demokratie und andere
- Themengebiete geliefert hat.
- Wenn diese Forschungs- und Beratungslandschaft dann im Laufe der nächsten fünf
- bis zehn Jahre auf- und ausgebaut ist, kann spätestens dann auf die Expertise
- des LfV in diesem Bereich verzichtet werden.
- 86 Auf Bundesebene ist die Existenz eines Bundesverfassungsschutzes weiterhin
- denkbar und vielleicht auch notwendig, wenn auch kritisch zu begleiten. So wie
- der Militärische Abschirmdienst (MAD) und der Bundesnachrichtendienst (BND)
- sollte der BfV hier einer nachhaltigen Kontrolle unterzogen werden und auch dort
- bei seinen Rollen und Aktivitäten immer wieder kritisch beleuchtet werden.

Begründung

91 erfolgt mündlich